Tennessee Staats-Zeitung

Herausgeber: John Ruhm.

Sonntag, den 19. Mai 1867

Wm. G. Brownlow.

Candidat der Unions-Partei zur Wiederwahl als Gouverneur.

John Trimble

ist der durch die republikanische Convention aufgestellte Candidat für das Amt eines Congreß-Repräsentanten des Fünften Nashville Distrikts.

(Repeated from Friday's "Staats-Zeitung").

THE DECISION.

We place to-day at the head of our columns the name of the Hon. John Trimble as the nominee of the Republican Convention for the position of Congressman from this district. We were very much opposed to his nomination and favored decidedly the claims of Judge John Lawrence, whom we have known for years as an honest, faithful and very able gentleman, and with whom we have served for three years in the same regiment. We were aware of many trickeries and chicaneries used to defeat the chances of our favorite candidate. But in going into the convention as delegate we took upon ourselves a solemn and irrevocable duty to abide by the decision of that convention, as long as its proceedings were conducted with fairness to our best understanding. Had we intended to act otherwise, we would certainly not have had the right to take part in the proceedings of that body, which was called legally and convened legally. We staid in the convention and fought by acts and words until the very last for our candidate. Other friends of Judge Lawrence however, and we regret to say the large majority, acted otherwise. Some of them, in a moment of passion took it upon themselves to break up and leave the convention calling for every friend of John Lawrende to follow them, when there was no occasion for such a rash and imprudent act. Whatever unfair means may have been used by Mr. Trimble's friends to secure his nomination, the bolting of a large majority of Judge Lawrence's friends was certainly unprovoked and uncalled for. They had claimed that, as information had been received that from some of the counties double delegations had been appointed, the convention ought to allow to ALL those delegations admittance upon the floor of the house. The opposite party however insisted that this question should be submitted to a committee for decision and consequent report. The question was put, and a majority of the convention voted for a committee. Now if the friends of the first proposition did not intend to abide by the vote of the convention, what use was there in making such a motion, we ask in all fairness and candor. Had the convention proceeded as it was composed originally, we venture to say that John Lawrence would have received at least a small majority. But the bolting of his pretended friends left the field almost unanimously to the advocates of Mr. Trimble's claims. Thus we, the friends of John Lawrence, have not to complain of our defeat, and have to acquiesce in the verdict of the convention.

Have we been outflanked, well then, a victory, even though it may be achieved by a flank movement still remains a victory and is and always has been regarded by all civilized nations, and has always proved by its result TO BE A VICTORY. So the friends of John Trimble are fairly to be regarded as victors. And in this spirit "with malice towards none, and charity towards all" we join with the Republican party of the 5th Congressional District in advocating the claims of its nominee for the Congressional honors.

We hope that all men of reason, and we include of course our most esteemed friend John Lawrence, will think as we do.

The battlecry must hereafter be as it was before the deplorable difficulties that had taken place: "DOWN WITH THE TRAITORS AND UP WITH THE STARS."

☞ Thursday night we received the following card from our friend Judge John Lawrence, which, short as it is, explains itself and tells the whole story:

A CARD.

I beg leave to decline the further use of my name as a candidate for Congress; and to return my sincere thanks to the large and respectable delegations which gave me such enthusiatic support.

JOHN LAWRENCE.

May 16, 1867.

TEMPORA MUTANTUR.

Am 29. April eröffnete der König von Preußen die, für den Zweck der Ratifikation der Verfassung des Norddeutschen Bundes zusammen berufenen preußischen Kammern. Wir waren niemals Bewunderer der Hohenzollern und niemals werden wir uns durch ihre Worte oder Thaten täuschen lassen. Wir wissen, daß deren Antecedentien eine Bemühung zu Gunsten eines einigen Deutschlands nicht zulassen. Alles, was die Herren von jeher begehrten, ist ein starkes, mächtiges und möglich großes Preußen.

Doch wie es Bismark gegangen hat mit seinem Restaurationswerk, das unwillkürlich Jedermann an die Geschichte von dem Zauberlehrling erinnert, so scheint es auch dem alten Wilhelm zu gehen. Entweder ist der Verstand mit ihm davongelaufen und hat den alten Knaben so überwältigt, daß er durch Verstand ganz absortirt wurde, oder er ist im Winter seines Lebens noch zu Verstand gekommen. Es läßt sich wirklich possirlich an, den Kartätschenprinz von 1848 und den „Corporal" aus dem großen Verfassungsstreite zwischen der preußischen Regierung und den Kammern, jetzt in der Rolle eines feurigen Deutschthümlers und Nationalfanatikers, der mit seinem neugeborenen Eifer selbst die „Bismark's," „Bebel's," „Schultze's" und „Virchow's" aus dem norddeutschen Parlament zu überflügeln droht, aufzutreten.

Die Paralele zwischen der preußischen Aristokratie, unter Vorantritt Bismark's und des alten Königs, mit der Sklaven-Aristokratie in den amerikanischen Südstaaten, muß gewiß Jedermann in die Augen fallen. Wie hier dieselben Leute, welche noch vor einem Jahre wüthend wurden über Jedermann, der es wagte, etwas zu Gunsten der Neger-Race zu sagen, und die noch vor drei Monaten die Befürworter des allgemeinen Stimmrechts als vogelfrei und als Auswurf der Menschheit erklärten, jetzt vorne an sind in ihren Liebesbemühungen für die durch die Unionspartei mit dem Stimmrecht bekleideten Schwarzen; so hören wir heute den alten Hartkopf, der so lange Jahre hindurch im Verein mit dem preußischen Junkerthum, welches ihn als Haupt ansieht und als dessen Personifikation er unstreitbar zu betrachten ist, als Hinderniß des Fortschrittes in Deutschland dastand und dessen Begriff von Recht nicht weiter ging als daß er wußte, wie viel Knöpfe ein Uniformrock haben mußte, wenn der Rock „recht" sein sollte, im Berliner Schloß, diesem Zwinguri deutscher Zersplitterung und Knechtschaft, Worte verkünden, deren Aeußerung noch vor zwei Jahren als "crimen laesae majestatis" unter Sanction desselben Mannes bestraft worden wäre, der jetzt durch den unhemmbaren Geist des Fortschrittes sich gezwungen sieht, sie von Throne des hochmüthigen Hohenzollern-Geschlechts herab zu verkünden. Wahrlich, wir leben in einem großen Zeitalter. — Doch hören wir den König selbst:

„Erlauchte, edle und ehrenwerthe Herren von beiden Häusern des Landtags!

Eine Constitution des Norddeutschen Bundes, durch welche die geeinigte und kräftige Entwicklung der Nation gesichert scheint, ist aus den Berathungen des Parlaments, zu dem das preußische Volk im Einklang mit dem von ihnen angenommenen Gesetz seine Vertreter gesandt hat, hervorgegangen. Ich habe Sie um meinen Thron gerufen, um diese Verfassung Ihrer Entscheidung zu unterwerfen. Die Aufgabe der nationalen Einheit, welche die Regierung mit Ihrer Mitwirkung begonnen hat, soll jetzt durch Ihre Mitwirkung zum Abschluß gebracht werden. Auf dieser Basis wird der Schutz des Bundesgebiets, die Sorge für die gemeinsamen Rechte und die Wohlfahrt des Volkes hinfort durch die Gesammtbevölkerungen von Norddeutschland und ihre Regierungen in fester Gemeinsamkeit verbürgt werden.

Durch die Einführung der Bundesverfassung werden die Vorrechte der Vertretungen der einzelnen Staaten unvermeidlichen Beschränkungen in allen den Zweigen unterworfen sein müssen, welche künftig der allgemeinen Entwicklung untergeordnet sind. Allein das Volk selbst wird keines der Rechte, die es bisher besessen, verlustig geben. Es wird nur ihre Aufrechterhaltung an seine Vertreter in dem erweiterten Gemeinwesen übertragen.

Die Zustimmung der frei erwählten Vertreter des ganzen Volkes wird immer noch für jedes Gesetz im norddeutschen Bunde erforderlich sein. Durch die Bundesverfassung ist in allen Beziehungen dafür Sorge getragen worden, daß die verschiedenen Rechte, deren Ausübung die verschiedenen Vertretungen zu Gunsten der neuen Gemeinschaft der Staaten aufgeben, in gleicher Ausdehnung auf das allgemeine Parlament übertragen werden. Die sichere Begründung der nationalen Unabhängigkeit, Macht und Wohlfahrt soll Hand in Hand gehen mit der Entwicklung deutscher Rechte und constitutioneller Institutionen. Meine Regierung ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß beide Häuser des Landtages in der richtigen Erkenntniß der dringenen nationalen Nothwendigkeit, die uns vorliegende Aufgabe schnell zu lösen, bereitwillig ihren Beistand zu ihrer Vollendung leihen werden.

Meine Herren, der neugegründete Bund umfaßt gegenwärtig nur die norddeutschen Staaten, aber es wird sie stets eine innige nationale Gemeinschaft mit den süddeutschen Staaten vereinen. Die festen Beziehungen, welche meine Regierung schon im vergangenen Herbste für offensive und defensive Zwecke mit jenen Staaten abgeschlossen hat, werden durch Specialverträge an das erweiterte norddeutsche Gemeinwesen übertragen werden.

Das lebhafte Bewußtsein der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen von den Gefahren deutscher Zwietracht und die Nothwendigkeit einer festen nationalen Vereinigung, welche fortwährend in ganz Deutschland einen entschiedeneren Ausdruck findet, wird dazu beitragen, die Lösung dieser wichtigen Aufgabe zu beschleunigen. Die vereinte Stärke der Nation wird berechtigt und fähig sein, Deutschland die Segnungen des Friedens und eines wirksamen Schutzes seiner Rechte und Interessen zu sichern. In dieser Gewißheit wird sich meine Regierung bemühen, eine Unterbrechung des europäischen Friedens durch jedes mit der Ehre und dem Interesse des Vaterlandes vereinbare Mittel abzuwenden. Das deutsche Volk wird, stark in seiner Einheit, im Stande sein, ruhig den Wechselfällen der Zukunft entgegen zu blicken, wenn Sie, meine Herren, helfen werden, das große Werk der nationalen Einheit mit jenem Patriotismus zu vollenden, den Preußen stets in ernsten Zeiten offenbar hat."

Original-Correspondenz der „Tennessee Staatszeitung".

Paris, den 3. Mai 1867.

Die Gewißheit eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland drängt sich einem Jedem tagtäglich mehr und mehr auf. Man ist nur noch darüber nicht im Klaren, wann er losbrechen wird. Napoleon möchte die Entscheidung bis dahin hinausschieben, daß die Kammern das neue Armeegesetz berathen haben, die danach zu schaffende mobile Nationalgarde eingeübt und die Armee mit dem Chassepotischen Zündnadelgewehre bewaffnet ist. Man kann dabei nicht sagen daß die Franzosen diesem Kriege mit der Zuversicht entgegen gehen, als ich dies beim Krim Kriege und beim italienischen Kriege beobachtet habe. Sie fühlen sehr wohl, daß es sich hier nicht wie dort darum handelt entweder zu gewinnen oder nichts zu verlieren, sondern daß es hier gilt entweder sehr viel zu gewinnen oder sehr viel zu verlieren. Selbst die früher kriegslustigsten Blätter wie namentlich der Siecle möchten den Frieden erhalten sehen, und haben, offenbar auf höhere Inspirationen, die Idee ausgeschenkt, man sollte Luxemburg, welches nun einmal der Zankapfel geworden ist, für neutral erklären. Was dieser neue neutrale Staat von 200,000 Einwohner zwischen seinen großen Nachbarn machen soll, läßt sich nicht absehen und es ist offenbar, daß man den Vorschlag nur deßhalb macht, weil man Zeit gewinnen will. Vor vierzehn Tagen verlangten dieselben Stimmen, die durch diese Sprachrohre in die Welt schreien, sofortige Räumung der Festung Luxemburg durch die Preußen, und Herausgabe des Landes an Frankreich. Der Rückzng, den man heute nimmt, ist schlecht verdeckt. Bis jetzt vernimmt man nicht, daß Bismark Mienen macht dem Verlangen nachzukommen. Es läßt sich auch gar nicht annehmen, daß er die ihm gebotene günstige Position aufgeben wird. Die französische Regierung befindet sich in einer Rathlosigkeit, wie sie seit der Schlacht von Sadowa nicht empfunden hat. Wenn damals die Männer, die an der Spitze der Geschäfte standen, wie Roucher selbst in der Kammer eingestand, an patriotischen Beklemmungen litten, so haben sie heute den Boden unter den Füßen verloren. Für Napoleon ist der Moment eine wahre Krisis geworden. Bismark hat ihn auf eine sehr feine Weise in die Klemme gebracht. Im vorigen Jahre, als der Friede geschlossen wurde, erklärte derselbe, der deutsche Südbund könne sich constituiren wie er wolle, Oesterreich dürfte am Nord- noch am Südbunde theilnehmen, der Nordbund aber bestehe aus sämmtlichen deutschen Ländern nördlich von der Mainlinie mit Ausnahme der königl. niederländischen Besitzungen. Alle Welt verstand darunter irrthümlicher Weise Limburg und Luxemburg. Nun aber rückt Bismark mit dem Vertrage von 1839 heraus, in welchem die Mächte die belgisch-holländischen Streitigkeiten endgültig dahin reguliren, das Belgien einen Theil von Luxemburg behalten sollte. Der deutsche Bund aber sollte von Holland für seine Gebietsschmälerung dadurch entschädigt werden, daß die „niederländische" Provinz Limburg in den deutschen Bund eintrete. Es war das ein diplomatischer Unsinn, wie deren die Schlauköpfe Metternich und Consorten so viele verschuldet haben, denn statt daß bis dahin nur der König von Holland deutscher Bundes fürst gewesen war als Großherzog von Luxemburg, machte man auf einmal die Niederlande selbst zum Bundes mitgliede. Bismarck, der die Schwierigkeiten einsah, die diese Anomalie für das neu zu begründende Deutschland herbeiführen könnte, erklärte also beim Friedensschlusse, die niederländischen Besitzungen sollten aus Deutschland ausscheiden. Er meinte damit nur Limburg und ließ die Frage wegen Luxemburgs bis heute in der Schwebe, um seinerseits die Zeit zur Bildung der neuen deutschen Armee zu finden, die jetzt als vollendet zu betrachten ist. Frankreich fragte unterdessen beim Könige (wohlverstanden nicht bei der Regierung) von Holland an, ob er seine Souveränetätsrechte über Luxemburg nicht gegen baar Geld ablassen wollte?

Mynheer war damit ganz zufrieden und um sich und seinem Lande Holland die Neutralität zu bewahren und den Rücken zu decken, erklärte er nichts dagegen zu haben, wenn der Kaiser der Franzosen der Käufer sein wolle. Von Bismark hat Holland nichts zu fürchten, denn bei einem Kriege gegen Frankreich wird er die Theilnahme Hollands nicht verlangen. Hätte der König aber die Anfrage Napoleon's verneint, so müßte dieser nicht blos Deutschland, sondern auch Holland oder vielmehr dessen König den Krieg erklären.

Wilhelm III. von Oranien hat jedenfalls am schlausten bei dem saubern Stückchen mitgespielt. Bismarck hält nun aber ferner aufrecht, Luxemburg ist deutsches Land, und da ich die dortige Festung besetzt habe, so will ich als Schirmherr Deutschlands sie nicht räumen, sondern verlange, daß wenn der bisherige Großherzog von Luxemburg seine Souveränetät abgeben will, dies in einer Weise geschieht, daß Deutschland dabei nicht zu kurz kommt. Die Debatte ist also jetzt zwischen Berlin und Paris eröffnet und der König von Holland ist "hors de cause." Napoleon ist bei der Geschichte zu hitzig vorgegangen, er hat geglaubt, mit einigen kräftigen Drohungen Bismarck einschüchtern zu können, aber man spricht heute merkwürdiger Weise nicht mehr von Bismarck, man hat selbst in den Journalen das Wort Bismarck durch Preußen ersetzt und gewöhnte sich schon daran, selbst an die Stelle dieses Wortes „Deutschland" zu setzen. Man weiß es, daß bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland man dort keine Zersplitterung mehr finden und die völlige Einigung dieses Landes nur beschleunigen wird. Im Innern hat der Kaiser sich durch seine neueste Politik nicht mehr zum Besten gebettet. Die liberalen Journale greifen das Vorgehen seiner Regierung mit Entschiedenheit an. Diese antwortete darauf mit Gewaltmaßregeln. Der „Avenir Nationale" und die „Liberte" waren die ersten an der Reihe. Es wurde ihnen das Recht entzogen, ihr Blatt auf der Straße verkaufen zu dürfen. Welche Folgen dieser Schritt hat, mag Ihnen der Umstand darthun, daß die „Liberte", welche etwa 9000 feste Abonnenten hat, außerdem täglich gegen 20,000 Exemplare verkaufte. Jetzt kann sie nur noch durch die Buchhändler verkauft werden. Der Schlag, den die Regierung gegen sie führen wollte, war aber ein Schlag ins Wasser. Am ersten Tage des Verbotes verkaufte sie nur 18,000 Stück, am zweiten wieder über 20,000. Man riß sich um die Zeitung, denn jeder wollte erst recht lesen, was sie bringt. Beide Blätter drücken übrigens richtig die hier herrschende Stimmung und Meinung aus; man hätte nicht anfangen oder nicht einhalten, entweder den Frieden bewahren oder sofort den Krieg beginnen sollen. Und die Kammer? Und der Senat? Die Regierung hat ihnen einfach den Mund gestopft, indem sie jeder Interpellation durch die mit großem Pompe vorgebrachte Erklärung zuvorkam, es fänden Besprechungen wegen Luxemburg statt.

(Anm. d. R. Wir veröffentlichen die obige Correspondenz, trotzdem sie durch die über die Friedensconferenz eingelaufenen Kabelnachrichten überflügelt worden. Es ist jedenfalls interessant, zu erfahren, wie man drüben vor dem Zusammentritt des Congresses dachte.)

(Aus der Donnerstags-Nummer.)

Der Entscheidungstag.

Heute findet endlich die congressionelle Convention statt, die seit mehr als zwei Monaten eine Aufregung ohne Gleichen und leider auch einen Zwiespalt in der radikalen Partei hervorgebracht hat. Es dürfte vielleicht am Platze sein, die Geschichte des congressionellen Kampfes in Kurzem nochmals unsern Lesern vorzuführen. Vor mehr als zwei Monaten verbreitete sich in radikalen Reihen das Gerücht, daß der gegenwärtige Redakteur der „Preß u. Times" beabsichtige, als Candidat für das Amt eines Congreßrepräsentanten aufzutreten. Dieser Herr nun erfreut sich aus verschiedenen Gründen nicht gerade der größten Beliebtheit; und auf Befragen bei vielen prominenten Mitgliedern der Partei erhielt er die kurze, aber bündige und in allen Fällen gleichlautende Antwort: „Quod non, Du hast zwar viel gethan, um besonders in den letzten Jahren das Interesse der radikalen Partei in Tennessee zu befördern; aber Du hast auch genügende Bezahlung dafür erhalten. Du bist Staatsdrucker und erfreust Dich einer ausgedehnten Patronage Seitens der Staatsregierung. Das ist genug, ja viel zu viel Bezahlung für Deine Verdienste. Aber ein Mann mit Antecedentien, wie die Deinen, kann unmöglich der Repräsentant der Fortschrittspartei des Nashville Distrikts werden." Worin die anstößigen Antecedentien des would be Congreßmannes liegen, das zu erörtern, würde uns hier zu weit führen. Genüge es nur in Kurzem anzuführen, daß dieses selbe Individuum, welches sich anmaßte, der Repräsentant der Patrioten unseres congressionellen Distrikts sein zu wollen, vor dem Kriege in Kentucky ein wüthendes Prosklavereiblatt herausgab, und nach Beginn des Krieges, als er in Nashville unter Andrew Johnson's Auspicien die „Nashville Union" redigirte, wörtlich also schrieb, als es sich darum handelte, daß farbige Soldaten in die Armee aufgenommen werden sollten:

„Wir hoffen, daß Abraham Lincoln nicht der Nation einen solchen Schimpf aufladen möge. Die Idee, Farbige zu Soldaten oder gar zu Offizieren zu machen, würde laut zum Himmel um Rache schreien und unangenehme, faule Dünste würden durch Verwirklichung dieser Idee in die Riechwerkzeuge der Nation dringen."

Und an einer andern Stelle nannte dieser selbe Mann den großen Emancipationsapostel, William Lloyd Garrison „a d—d dirty abolition dog."

Wir könnten noch hundert andere Sachen anführen, wie Mercer in den Augen ehrlicher Patrioten unfähig machten, der Volksrepräsentant zu sein. Doch sei dem genug. Kurz der gute Mann wurde gehörig abgeblitzt bei Allen, die er fragte, ob sie seine Candidatur unterstützen würden.

Inzwischen jedoch war in den Reihen der prominenten Radikalen Rath gepflogen worden, wer denn eigentlich der Repräsentant sein sollte. Es wurden die Namen John Lawrence, Cary und Palmer genannt. — Herr Trimble hatte eine Zeitlang vorher öffentlich erklärt, er werde unter keinen Umständen Candidat sein. Eben dieselbe Erklärung hatte Herr Horace H. Harrison abgegeben. Natürlich reflectirte Niemand mehr auf die letzten beiden Herren; um so weniger aber auf Herrn Trimble, weil dieser sich durch seine der Meinung der Tennessee Radikalen so strikt zuwider laufenden „Universal suffrage and universal amnesty" Principien und durch sein Votum gegen das Wahlgesetz, welches den Rebellen das Wahlrecht nimmt und es den Schwarzen ertheilt, so zu sagen von der radikalen Partei unseres Staates losgesagt hatte. — Es wurde hin und her berathen und erwogen, bis man sich endlich in Erwägung des Umstandes, daß John Lawrence eine unvergleichliche Liebe und Verehrung unter den Farbigen sich erworben, und weil derselbe ein Mann von Talent und Kenntnissen und außerdem sein Lebenlang auf der Platform der Antisklaverei-Patrioten gestanden, entschloß, John Lawrence als den Erkorenen zu betrachten. Gerade als wir zu diesem Entschluß gelangt waren, war der Redakteur der Preß u. Times mit seinem Racheplan für die erlittene Niederlage gereift. — Er proklamirte unerhörter Weise durch die Spalten seiner Zeitung, daß die radikale Partei sich entschlossen hätte, John Trimble als Candidaten aufzustellen. Der Leser kann sich denken, wie erstaunt wir ob dieser Frechheit waren. Und nicht allein stellte die Preß u. Times dann Trimble als den Candidaten der Partei an die Spitze ihrer Spalten, sondern sie versuchte auch, alle andern im Felde befindlichen Candidaten todtzuschweigen, und alle diejenigen, welche sich der Nomination des Herrn Trimble nicht sofort fügten, in den Augen der Welt als Revolutionisten, als „disorganizers" hinzustellen. Ein fürchterlicher Verheerungskrieg wurde nunmehr gegen Alle unternommen, die sich nicht unbedingt unter das Dictum der Preß u. Times Clique stellen wollten. Es wurden die gemeinsten und niedrigsten Kniffe angewandt, um, besonders nachdem die Idee, John Lawrence zu erwählen, Wurzel gefaßt hatte in den Volksmassen, seine Ansprüche und seinen Namen aus den Berathungen sämmtlicher Union Organisationen fern zu halten. Wir sprechen aus eigener Erfahrung, wenn wir sagen, daß die gemeinsten und niedrigsten Kniffe von der „Clique" nicht gescheut wurden, um ihr Ziel zu erreichen Und als Beispiel, wie man zu Werke ging, um die zu strafen, welche nicht Willens waren, sich unter die Zuchtruthe zu stellen, führen wir nur an, daß seit dieser Kampf begann, nicht allein zum Theil erfolgreiche Versuche gemacht worden sind, der „Staatszeitung" die offiziellen Anzeigen, welche sie seit ihrem Bestehen immer erhalten und welche ihr wie natürlich eine wesentliche Mithülfe waren, zu entziehen, sondern auch das „Republikanische Central-Staats-Comite" beeinflußt wurde gegen die „Staatszeitung". — Nun, wir grämen uns darob nicht zu sehr. So lange wir mit der Ansicht der Leute, welche die Zügel in den Händen haben, übereinstimmten, so lange nahmen wir natürlich mit Vergnügen alle uns von denselben dargebotene Hülfe an. Sobald es sich aber darum handelte, daß wir diese Hülfe nur dann genießen konnten, wenn wir unsere Meinung zum Opfer brachten, dann stießen wir dieselbe verächtlich von uns. Wenn wir es nicht fertig bringen können, in Tennessee eine respektable deutsche Zeitung zu schaffen, dann hören wir lieber auf. Die „Tennessee Staatszeitung" soll nun und nimmermehr eine feile Lustdirne für den beliebigen Gebrauch gewissenloser und nur nach Macht und Geld haschender, politischer Drathzieher werden. Wir sind, was wir sind, ehrlich. So sind wir deshalb auch ehrlich radikal im wahren Sinne des Wortes; aber nicht radikal, um für uns Reichthümer und für politische Drathzieher Aemter zu verschaffen. — Doch wir schweifen von unserm Thema ab. Zurück zu dem Wahlkampf: Nachdem also, wie wir sagten, der Name des Herren John Lawrence immer prominenter im Munde des Publikums wurde und die Preß u. Times nicht mehr schicklicher Weise das Princip des Todtschweigens weiter anwenden konnte, begab sich jenes Blatt auf ein neues Feld, das des Schimpfens. Wer die Spalten jener Zeitung in den letzten zwei Wochen gelesen und darin gesehen, wie der Redakteur zu den gemeinsten Schimpfereien und den niederträchtigsten und gehäßigsten persönlichen Angriffen gegen John Lawrence und dessen Freunde seine Zuflucht nahm, dem muß wahrlich ein Ekel angegangen sein über politische Wahlumtriebe. Nimmt man dann ferner jenen gemeinen Denunciantenkniff, den S. C. Mercer benutzte, indem er ein vom Privatsekretär des Gouverneurs, in des letztern Abwesenheit von Nashville endossirtes Schreiben an General Howard richtete, worin Herr Lawrence in unverantwortlicher Weise beschimpft und belogen wird dann muß man wahrlich alle Lust verlieren, je wieder derartige Subjecte als Mitarbeiter in der radikalen Partei anzuerkennen. — Und von diesem Gedanken beseelt, riethen wir Herrn Lawrence an, sich ganz von der Convention fern zu halten und als unabhängiger Candidat vor die Wähler zu treten; seine Wahl wäre dann auf jeden Fall gesichert gewesen. — Indessen, wir drangen mit unserm Rath nicht durch, und so müssen wir dem Verdikt der Convention, wenn es unparteiisch und ohne auffällige Betrügereien und Schwindeleien gefällt wird, uns fügen. — Lasset uns Alles aufbieten, um unserm Candidaten zum Siege zu helfen. — Seine Niederlage wäre gleichzeitig die Niederlage des Rechts der freien Rede und der freien Presse. Seine Niederlage wäre gleichbedeutend mit Unterdrückung aller Ansprüche, welche die Klasse, welche von den Conservativen als „dutch" oder „yankee interlopers" hingestellt wird, auf Gleichberechtigung macht!

Wir hoffen, daß die für Herrn Lawrence gesinnten Delegaten ja nicht verfehlen werden, zu erscheinen.

Die congressionelle Convention.

Der vorhergegangenen Veröffentlichung des congressionellen Comites zufolge versammelten sich Donnerstag Vormittag 11 Uhr im Capitol die von den verschiedenen Counties ernannten Delegationen. Nachdem die einzelnen Delegationen sich in langen und erschöpfenden Vorversammlungen über die in der Convention zu befolgenden Pläne geeinigt hatten und nachdem dieselben in der Repräsentantenhalle Platz genommen, rief Herr Cliffe von Franklin die Convention zur Ordnung, indem er Herrn John Hugh Smith als temporären Vorsitzenden nominirte. — Herr Smith erklärte in kurzen Worten den Zweck der Convention, worauf durch einstimmiges Votum die folgenden Comites gewählt wurden:

a) Für permanente Organisation. J. Hudson und Warren Jourdan von Cheatham; D. B. Cliffe und Robert Parker von Williamson; M. A. Price und W. L. Waters von Wilson; T. McKinkey und Wm. Horner von Sumner; J. R. Reeder und M. W. Winters von Robertson; John Ruhm und A. T. Wood von Davidson.

b) Für Beglaubigungsschreiben. Sam Cason und C. M. Thompson von Wilson; W. P. Campbell und Benj. Goodloe von Williamson; A. B. Shankland und J. M. Murphy von Davidson; N. M. Winters und C. T. Miller von Cheatham; C. McTinley und Wm. Hanner von Sumner.

Auf den Bericht des Comites für permanente Organisation wurden die folgenden Beamten für die Convention viva voce erwählt:

Präsident: Frank Hardeman von Williamson.

Vicepräsidenten: Alston Watson von Cheatham,
J. R. Reeder von Robertson,
Osborn Green von Wilson,
John Morrill von Williamson,
Wm. Horner von Sumner,
Wm. M. Simms von Davidson.

Sekretäre: A. E. Alden und J. M. Murphy von Davidson.

Nachdem die Beamten ihre Sitze eingenommen, berichtete das Comite für Beglaubigungsschreiben die Namen derjenigen Delegaten, die zu Sitz und Stimme in der Convention berechtigt seien. Herr J. M. Murphy von jenem Comite brachte einen Minoritätsreport des Inhalts ein, daß alle die Mitglieder der zweiten für Wilson County erwählten Delegation, die sich in der Versammlung befänden, ebenfalls vollberechtigte Delegaten seien. Nach einigem Hin- und Herdebattiren wurde der Minoritätsbericht angenommen.

(Hier ist es am Platze, das zu wiederholen, was wir in unserm Leitartikel schon angeführt haben. Wir dort berichtet, entspann sich eine lebhafte Debatte zu Anfang der Organisation über die Competenz gewisser Delegationen von solchen Counties, in denen doppelte Primärversammlungen stattgefunden. Die Freunde des Herrn Lawrence trugen darauf an, daß die Convention entscheiden solle, ob jene doppelten Delegationen Zutritt haben sollten; während Herrn Trimble's Freunde proponirten, die Entscheidung dem Comite für Beglaubigungsschreiben zu überlassen. Die Abstimmung ergab das Resultat, daß das Comite entscheiden sollte, und dieses Resultat nahmen die große Mehrheit der Freunde des Herrn John Lawrence für einen passenden Grund, die Convention zu verlassen und Herrn Trimble's Freunden das Feld zu überlassen. Nur wenige Lawrence-Männer blieben in der Halle und unter anderen wir selbst, und zwar aus Gründen, die wir in dem betreffenden Leitartikel auseinandergesetzt. — Das Faktum, daß die Convention den Minoritätsbericht annahm und so der zweiten Wilson-Delegation, die Eintritt verlangte, denselben gewährte, welcher Beschluß dem Herrn Lawrence sicherlich die Nomination gesichert hätte, wenn alle seine Anhänger auf dem Platze geblieben wären, anstatt wie die wilden Narren davon zu laufen; dieses Faktum allein zeigt die Thorheit, welche darin lag, einen so unüberlegten Schritt zu thun, wie der des Verlassens des Kampfplatzes.)

Es wurde alsdann ein Comite unter Vorsitz des Herrn Stone ernannt, um der Versammlung passende Resolutionen vorzulegen. Während das Comite sich zur Berathung zurückzog, wurden von verschiedenen Delegaten Reden gehalten, die von der Versammlung enthusiastisch applaudirt wurden.

Nach einiger Zeit kehrte das Comite in die Halle zurück und berichtete das Folgende:

Beschlossen, Daß die Prinzipien und die Politik der radikalen, republikanischen Partei des 5. congressionellen Distrikts vollständig in den Resolutionen enthalten sind, die in der Staatsconvention am 22. Februar angenommen wurden und daß wir jene Resolutionen herzlich als die Platform der Partei acceptiren.

Beschlossen, Daß Herr John Trimble der geeignetste Mann ist, um diesen congressionellen Distrikt im Congreß zu repräsentiren.

Die erste Resolution wurde angenommen. Nachdem der Präsident die zweite Resolution zur Abstimmung vorgelegt, erhob sich Herr J. M. Murphy und nominirte Herrn John Lawrence. Schreiber dieses (John Ruhm) erhielt sodann das Wort und, indem er die Nomination des Herrn Lawrence unterstützte, sprach er also:

„Meine Herren! Eigenthümliche Vorgänge haben die Einleitung zu dieser Convention gebildet. Es sind Kniffe und Schliche der mannigfaltigsten Art unternommen worden, um den Ausdruck der freien Meinung der Massen zu verhindern. Er, der Redner, sei mehr wie irgend ein anderes Mitglied der radikalen Partei verfolgt worden, weil er sich nicht habe entschließen können, für die Nomination John Trimble's zu agitiren, und weil er John Lawrence's Ansprüche überall vertreten und vertheidigt habe. Er kenne John Lawrence seit langer Zeit und habe mit ihm drei Jahre lang in einem Regiment gedient. John Lawrence sei ein Ehrenmann und ein Mann, der stets seine Pflicht erfüllt, wo er auch immer sich befunden. Er protestire dagegen, daß irgend Jemand sich unterfange, den persönlichen Charakter des Herren Lawrence anzugreifen, und er protestire gegen jeden Versuch, den freien Meinungsausdruck des Volkes unterdrücken zu wollen. Ich, fuhr der Redner fort, bin in diese Convention gekommen, um meine Stimme für John Lawrence abzugeben und ich gedenke es zu thun. Als ich aber in die Convention ging, wußte ich, daß ich moralisch gebunden war, mich dem Diktum derselben zu fügen. Ich bedaure es tief, daß die große Masse der Freunde des Herrn Lawrence sich zu dem Schritt verleiten ließen, die Convention zu verlassen. Aber, indem sie das thaten und das Feld demgemäß fast ungetheilt dem Herrn Trimble räumten, begaben sie sich aller Ansprüche auf Abhilfe der behufs Nomination des Herrn John Trimble angewandten Schliche. Nicht der Fehler der Freunde Trimble's wird es sein, wenn Lawrence unterliegt, sondern der Fehler derjenigen Männer, die Lawrence so heiß und so warm unterstützten und die in dem Augenblick der Entscheidung ohne jegliche Ueberlegung die Convention verließen und bevor sie das thaten, alle möglichen Versuche machten, die Debatten und Handlungen dieser Convention zu unterbrechen. — Ich stimme für John Lawrence und komme damit einer mir obliegenden Pflicht nach. Im Uebrigen muß ich mich der Entscheidung der Convention fügen." —

Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten und, wie natürlich, da fast alle Freunde des Herrn John Lawrence die Halle verlassen hatten, fiel die bedeutend überwiegende Majorität der Stimmen auf Trimble.

Nachdem ein Comite ernannt war, um Herrn Trimble von dem Beschluß der Convention zu benachrichtigen, vertagte sich die Convention.

Hoffen wir, daß in Zukunft die Leiter unserer Partei davon abstrahiren werden, Vorgänge wie die der letzten vierzehn Tage je wieder herauf zu beschwören.

† Joseph A. Wright. †

amerikanischer Gesandter an dem preußischen Hofe, starb einer Kabeldepesche zufolge am Sonnabend, den 11ten, Morgens 8 Uhr. Schon vor mehreren Monaten lief die Nachricht von seiner gefährlichen Erkrankung ein; doch bald erfuhren wir von seiner Genesung. Sein Tod kommt deshalb höchst unerwartet.

Herr Wright war in Pennsylvania geboren. Noch als junger Mann wanderte er nach Indiana aus, von wo er 1843 in den Congreß erwählt wurde. Von 1849 bis 1857 officiirte er in immer aufeinander folgenden Neuwahlsterminen als Gouverneur des Staates Indiana. In dem letzten Jahre wurde er durch Buchanan als Gesandter nach Berlin geschickt, von wo aus er im Winter 1861 bis 1862 zurückberufen wurde. Er wurde dann als Staats-Senator von Indiana für den Congreß erwählt, woselbst er zwei Jahre lang als Kriegs-Demokrat wichtige Dienste leistete, bis er in 1863 durch Präsident Lincoln als Ausstellungs-Commissär nach Hamburg gesandt wurde. Nachdem Andrew Johnson Präsident wurde, ernannte er Herrn Wright wieder als Gesandter nach Berlin, welchen Platz dieser seither ununterbrochen bekleidete.

Herr Wright erfreute sich einer großen Beliebtheit, weniger am Berliner Hofe, als bei der Berliner Gesellschaft. Nicht, daß wir damit sagen wollen, er hätte nicht den ihm gebührenden Einfluß beim Hofe gehabt; im Gegentheil, war er geachtet und als Gesandter der größten Republik der Erde sogar gewissermaßen gefürchtet. Aber die Berliner Einwohnerschaft, namentlich der so unverkennlich republikanisch gesinnte Berliner Bürgerstand liebte und verehrte den alten Herrn, der, soweit es ihm seine Stellung als accreditirtem Gesandten an einem monarchischen Hofe erlaubte, ungemein viel Propaganda in allen Gesellschaftsschichten für die Wohlthätigkeit republikanischer Institutionen zu machen verstand.

Wir erinnern uns eines speciellen Tages, an dem wir mit Herrn Wright zusammen trafen, noch sehr genau der eigenthümlichen Umstände halber, die dieses Zusammentreffen begleiteten. — Es war am 4. Juli 1861, dem Gedenktage der amerikanischen Unabhängigkeit, der im Amerikanischen Gesandtschaftshotel zu Berlin wie alljährlich durch ein großes Diner gefeiert wurde. Auch wir hatten durch einen uns befreundeten Gesandtschaftssekretär eine Einladung erhalten und erfreuten uns in dem mit amerikanischen Fahnen geschmückten Gesandtschaftshause bei einer fröhlichen Mahlzeit der freien und begeisterten Reden, die dort gehalten wurden. Kurz bevor das Mahl sein Ende erreichte, überreichte ein Bote dem an der Spitze der Tafel sitzenden Herrn Wright eine Depesche, bei deren Durchlesen der alte Herrn weiß wie das vor ihm liegende Tischtuch wurde. Es war die von Hamburg aus telegraphisch gemeldete und dort mit dem neuesten Postdampfer soeben eingegangene Nachricht der ersten Niederlagen der Unions-Armeen*). Wie ein Donnerschlag fiel die betrübende Neuigkeit in die eben noch so muntere Gesellschaft, die zwar von den Unruhen, die in Amerika, dem von uns so hoch gepriesenen Tempel der Freiheit und Stern der Nacheiferung, stattfanden, gehört und die sogar eine lebhafte Debatte über den Gegenstand gepflogen. Doch die soeben gemeldete Niederlage der nationalen Truppen durch die Insurgenten eröffnete den Anwesenden mit einem Male die Augen über die Größe und den Umfang der damals noch im Entstehen befindlichen Revolution.

Aus den Reden, die dann nach Eintreffen der betrübenden Nachricht gehalten wurden, konnte Jedermann ersehen, wie sehr die im Auslande, fern von der Heimath weilenden Amerikaner bedauerten, nicht daheim zu sein, um dem geliebten Vaterlande behilflich zu sein, die Rebellion zu unterdrücken.

Herr Wright, der die Abschiedsworte bei jener denkwürdigen Gelegenheit sprach, gestand zu, er sei sein Leben lang Demokrat gewesen, „er sehe jetzt (damals) jedoch ein, daß die Partei, welche in Amerika den Namen „Demokratisch" trüge, durchaus nichts gemein habe mit der originellen Meinung des Wortes; daß die demokratische Partei in Amerika mit dem Augenblick, als sie anfing, ihr Hauptaugenmerk und alle Lebensnerve auf die Erhaltung und Pflege des verfluchten Sklaverei-Instituts zu lenken; daß mit jenem Augenblick die Partei sich hätte einen andern Namen geben sollen. Der Redner endete mit den, wie es sich später herausstellte, in wahrsagendem Geiste gesprochenen Worten: „Ich sehe vor mir glückliche Zeiten für unsere Mutter-Republik, trotzdem trübe Wolken augenblicklich über ihren Horizont lagern. Ich sehe in dem Unglück, welches sie befallen, den Vorboten für kommende Glückseligkeit. Ich sehe ein, daß ein Schicksalsschlag die Republik treffen mußte, bevor sie ernstlich und energisch sich daran machen würde, den Krebsschaden zu heilen, welcher ihr in Gestalt der Sklaverei anhaftet. Gott gebe, daß die Lenker der Vereinigten Staaten mit einem Male die Größe ihrer Aufgabe so auffassen möchten, wie ich es jetzt thue. Es giebt ein Mittel, die Republik zu retten, und das ist die sofortige Emancipation der Sklaverei. Und bleiben die rebellischen Sklavenhalter, nachdem man die Sklaven freigesetzt, deren Besitz sie so übermüthig gemacht hat, noch immer störrischen Muthes und legen sie dann noch nicht die gegen die Republik erhobenen Waffen nieder, dann bewaffne man ihre eigenen Sklaven und lasse diese das Emancipationswerk eigenhändig ausfechten."

So sprach damals schon der nunmehr verstorbene Patriot und seine Worte zündeten wie Feuer auch in den Herzen Derjenigen, die nicht Amerika ihre Heimath nannten. Auch sie fingen an zu glauben, daß ihre Mithilfe nöthig wäre an dem großen Befreiungswerke, welches sich den Worten des amerikanischen Gesandten gemäß in Amerika vorbereitete. Und unter den Auspicien des Herrn Wright verließen Tausende und Tausende deutscher Jünglinge ihre Heimath, um in den Reihen der Unions-Armee mitzukämpfen für die Unterdrückung der Sklavenaristokratie, die Willens war, auf Amerika's freiem Boden für immer festen Fuß zu fassen. — Wer läugnet, daß namentlich die deutschen Einwanderer es waren, die das Freiheitsheer stark an Zahlen, stark an Patriotismus machte? Wer läugnet, daß eine große, große Zahl deutscher Jünglinge seit Ausbruch des Krieges an unseren Küsten landeten und sofort in die Armee eintraten, woselbst sie wichtige Dienste geleistet?

Auch wir rühmen uns, zu dieser Zahl zu gehören. Wir selbst, in Gesellschaft von sechsundzwanzig Freunden, verließen den heimathlichen Boden im Winter 1861 bis 1862 und sofort nach unserer Landung in New York, traten wir in die Armee ein. Vierzehn jener Sechsundzwanzig starben den Heldentod auf den Schlachtfeldern des Südwestens und fünf Andere wurden theils schwer, theils leicht verwundet. — Haben diese deutschen Jünglinge ein Anrecht auf den Boden Amerika's?

Der Leser wolle uns entschuldigen, wenn wir in unserem Rückblick auf vergangene Zeiten etwas zu umständlich geworden. Doch beim Vernehmen der Nachricht, daß jener Mann gestorben, der so innig verknüpft war mit der Geschichte so vieler Deutschen, die in der Unionsarmee gedient, konnten wir uns nicht enthalten, dem Dahingeschiedenen den Tribut darzubringen, welchen ihm Amerika's Patrioten schuldeten.

* Die Depesche erwies sich später als eine Ente.

— Wahrscheinlich wird sich der Kriegsminister gezwungen sehen, einen Befehl für das Einstellen aller Zahlungen für additionelle Bounties an Soldaten oder deren Erben zu erlassen, bis der Congreß eine bezügliche Appropriation gemacht haben wird; die so weit bewilligten Fonds sind erschöpft. Da der Congreß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vor Dezember zusammentreten wird, und wenn er im Juli, dem vor Vertagung gefaßten Beschluß gemäß, wirklich zusammenkommt, wohl kein Quorum anwesend sein wird, so werden die Soldaten und ihre Familien sich wohl an den Gedanken gewöhnen müssen, noch länger auf ihr Guthaben zu warten.

— Es heißt authentisch, daß Senator Doolittle's Reise nach Europa hauptsächlich im Interesse verschiedener Eisenbahngesellschaften der Vereinigten Staaten unternommen wird, und daß Herr Seward, als er von der Absicht des Senators hörte, diesem officielle Autorität gab, mit Dänemark wegen des Ankaufs der Insel „St. Thomas" zu unterhandeln.

5,000,000 Gepreßte Backsteine

verfertigt von Gebrüder Chambers u. Co's. Patent-Backstein-Maschine in der

Nashville Dampf-Backstein-Fabrik.

Diese Backsteine sind bedeutend besser als alle übrigen, die durch einen andern Prozeß für den gewöhnlichen Gebrauch fabricirt werden. Dieselben können noch einmal so viel Druck als die mit der Hand gemachten Backsteine aushalten, ohne zu zerplatzen und der Mörtel hält bei denselben viel fester zusammen; sie sind der Feuchtigkeit nicht so zugänglich und sind deshalb, was Stärke und Dauerhaftigkeit betrifft, andern Sorten vorzuziehen.

Für Trottoirs und Cisternen können sie nicht übertroffen werden.

Philadelphia 25. Oktober 1863.

Dies ist zur Bescheinigung, daß wir mehrere Tausende der Gebr. Chambers u. Co's. Maschinen-Backsteine gebraucht haben und daß wir, als Bauleute dieselben allen andern vorziehen, da sie von größerer Dauerhaftigkeit sind und der Mörtel fester zusammenhält: Chris. Binder, 6. Straße oberhalb Jefferson; C. S. Fitch, Maurer- und Baumeister, 7. Straße, oberhalb Oxford; R. D. Caldwell, alter Baumeister, 424 Main-Straße.

Zum Bau der Eisenbahnbrücke über den Schuylkill Fluß wurden 2,200,000 Backsteine gebraucht; Camden Wollenmühle 2,000,000 Backsteine; Abzugskanal in Camden 500,000 Backsteine; Collins Iron Co's. Fabrik, Marquette, Lake Superior, 100,000 Backsteine.

Alle oben genannten und noch mehrere Millionen Backsteine, die zu hervorragenden öffentlichen und Privat-Gebäuden benutzt wurden, sind mit der Gebrüder Chambers u. Co's. Patent Backstein Maschine fabrizirt worden.

Mit Vergnügen verweisen wir auf die folgenden Herren hiesiger Stadt, welche unsere Backsteine gebraucht haben, und die dem obenerwähnten Zeugniß beistimmen:

A. G. Sanford, Präsident der Ersten Nationalbank; Jesse Warren, Carpenter und Baumeister; W. H. Northern, Carpenter und Baumeister; Leonard u. McKeon, Maurer; Col. J. B. Van Dyne, Gen. Supt. N. u. D. R. R.; H. G. Scovel, Grundeigenthums Agent.

Wir verfertigen auch die weitberühmten „Philadelphia Fronts", welche für Front und Feuerplätze nicht übertroffen werden können. Backsteine werden zu sehr billigen Preisen an irgend einen Ort am Fluß oder an der Eisenbahn befördert. Trottoirs werden zu den gemäßigsten Preisen gelegt und für alle gethane Arbeit garantirt.

Für nähere Information oder Bestellungen wende man sich an

Mason, Adams u. Co., Agenten,
Nashville Dampf-Backstein-Brennerei,
P. O. Box 491, Nashville, Tenn.,

Oder man besuche die Backstein Brennerei, nahe dem Race Track. mi2 3M

☞ Der Mörtel klebt zwischen diesen Steinen besser, wie bei irgend einer andern Art.

Hülfe in Krankheitsfällen!

Wichtig für Geschäftsleute und Arbeiter!

Peoria Gegenseitige Kranken-Versicherungs-Gesellschaft.

Peoria, ... Illinois.

(Gesetzlich incorporirt.)

Gegründet am 3. Juli 1866.

Kranken Mitgliedern wird von 5 bis 10 Dollars wöchentlich ausbezahlt. Jede gesunde solide Person im Alter von 16 bis 55 Jahren kann Mitglied werden. So viele Dollars ein jedes Mitglied im Jahre einbezahlt, so viele Dollars erhält dasselbe in Krankheitsfällen wöchentlich zurückbezahlt, mag die Krankheit ein Jahr lang andauern oder nicht und mag sie nicht allein durch einen Unglücksfall, sondern auch durch irgend eine andere, wo sich selbst [illegible] Ursache hervorgerufen worden sein. In den ersten 9 Monaten hat diese Gesellschaft in fast allen Staaten die sogenannten Resultaten erzielt und findet sie wegen ihr [illegible] humanen Zweckes eine allgemeine Anerkennung.

Wegen Uebernahme von Agenturen wende man sich an den unterzeichneten Sekretär der Gesellschaft.

Wm. Geilhausen.

Peoria Ills., April 27. 1867. mi2 13 um

Germania Lebens-Versicherungs Gesellschaft,

No. 90 Broadway, New-York.

Hugo Wesendonck, Präsident.

Die Germania

ist die einzige in den Vereinigten Staaten existirende

Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Sie hat, obwohl erst 6½ Jahre bestehend, für

$22,000,000

Versicherungen in Kraft und ein Baar-Capital von

$1,300,000.

Sie befolgt das seit über 150 Jahren bewährte Baar-System, nimmt deshalb keine Noten an und erklärt die nächste Dividende Anfangs 1869.

Moritz Sax, General-Agent,
Office: NASHVILLE SAVINGS BANK,
No. 57 Nord-College Straße,
ap13 3M Nahe dem Public Square.

New-York und Bremen Dampfschifffahrt-Compagnie.

Ver. St. Postdampfschiffe erster Klasse
Atlantic. Northern Light.
Baltic. Western Metropolis.

abgehend regelmäßig von New York nach Bremen und von Bremen nach New York, an folgenden Sonnabenden:

Mai 18.—Juni 1., 15. u. 29.—Juli 13. u. 27. Aug. 10. u. 24.—Sept. 7. u. 21. Oktober 5. und 19.

Passagepreise

nach Southampton, Havre und Bremen, zahlbar in Gold oder dessen Aequivalent; (nach London oder Paris $5 mehr):

Erste Kajüte ... $110
Zweite Kajüte ... 65
Zwischendeck ... 35

☞ Von Bremen, Southampton und Havre nach New York:

Erste Kajüte ... $110
Zweite Kajüte ... 75
Zwischendeck ... 45

Excursionstickets für Hin- und Herreise:

Erste Kajüte ... $210
Zweite Kajüte ... 130
Zwischendeck ... 70

Expreß-Paquet-Beförderung. Wechsel auf Europa.

☞ Wegen Fracht und Passage wende man sich an

Isaac Taylor, Präsident, 40 Broadway, New York. my23 1M u. R.

☞ Passagier-Listen liegen zur Einsicht bereit und Näheres zu erfahren bei

W. W. Totten u. Bro., Agenten für Tennessee. No. 24 College Straße.

General Agentur für die Bremer und Hamburger **Post-Dampfschiffahrts-Linien.**

Wöchentliche Verbindung mit Deutschland. Packetbeförderung nach Deutschland.

Wegen Passage von und nach Europa wende man sich gefälligst an

C. F. Adae, Gen. Agt., Cincinnati, Ohio. jan1 13

C. F. Adae,

Europäisches Bank & Wechsel-Geschäft.

Südwest-Ecke der Main und 3. Straße (Eine Treppe hoch.)

Cincinnati, Ohio.

Consulat für Preußen, Bayern, Würtemberg, Sachsen, Baden, Oldenburg, Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Schwerin, Sachsen-Meiningen und Altenburg, Schaumburg-Lippe und Anhalt-Dessau.

C. F. Adae, Consul.

jan1 13